

3. Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie und der Strategie Digitale Verwaltung 2019–2023

Bericht der Geschäftsprüfungskommission

GPK3 GPK Subkommission IKT und Digitale Verwaltung KR-Nr. 67/2023

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), Präsident der Subkommission der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Finanzkommission (FIKO): Als Präsident der gemeinsamen Subkommission der Geschäftsprüfungskommission und der Finanzkommission freue ich mich, Ihnen den vorliegenden Bericht vorzustellen und Ihnen die wesentlichen Feststellungen und Empfehlungen der Subkommission kurz auszuführen. Mit diesem Bericht schliesst die Subkommission ihre Arbeit für die vergangene Legislatur 2019 bis 2023 ab. Zu Beginn richten wir einen herzlichen Dank an unseren Sekretär der Subkommission, Christian Hirschi, der uns während dieser ganzen Zeit hervorragend begleitet und unterstützt hat.

Im Jahr 2017 hatte die GPK in einer vertieften Untersuchung zur Informatik der kantonalen Verwaltung festgestellt, dass die bis dahin gültige und aus dem Jahr 2008 stammende Strategie des Regierungsrates stark verzögert und teilweise nur lückenhaft umgesetzt worden war. Parallel zur Untersuchung der GPK gab der Regierungsrat damals selbst eine externe Überprüfung in Auftrag. Diese kam zu ähnlichen Schlüssen wie die GPK-Untersuchung und bemängelte ebenfalls die fehlende direktionsübergreifende Koordination und Konsolidierung der Steuerung und Führung der kantonalen Informatik. Gestützt auf diese Untersuchung setzt der Regierungsrat im April 2018 – das ist also fünf Jahre her – zwei neue Strategien fest, zum einen, erstens, die neue kantonale IKT-Strategie: Mit ihr wurde für die gesamte Verwaltung ein einheitlicher Rahmen für die Planung, Steuerung und den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologie im Kanton geschaffen. Und zweitens verabschiedete der Regierungsrat die Strategie «Digitale Verwaltung», worin er aufzeigte, wie er und die Verwaltung die digitale Entwicklung mitgestalten und die Chancen der Digitalisierung nutzen wollen. Sie folgte auf die Ende 2016 abgelaufene E-Government-Strategie.

Angesichts des damals festgestellten grossen Handlungsbedarfs und auch der grossen Bedeutung einer wirksamen und direktionsübergreifenden Informatiksteuerung beschlossen GPK und FIKO, die Umsetzung der beiden Strategien aus Sicht der Oberaufsicht zu begleiten. Die Subkommission liess sich in der Folge der Finanzdirektion und der Staatskanzlei, die bei diesen beiden Strategien federführend waren, über die ganze Legislatur regelmässig informieren. Dies erlaubte der Subkommission, über die Strategieumsetzung laufend im Bild zu sein und ihre Fragen und Empfehlungen jeweils zeitnah vorbringen zu können. Auf einzelne Themen aus diesem Bericht werde ich näher eingehen.

Zunächst zur neuen IKT-Grundversorgung in der kantonalen Verwaltung: Mit der neuen IKT-Strategie wurde unter der Führung des neugeschaffenen Amtes für Informatik, AFI, eine für die ganze Verwaltung einheitliche IKT-Grundversorgung

aufgebaut. Im Zentrum steht der verwaltungsweit einheitliche digitale Arbeitsplatz. Zudem gibt es neu ein einheitliches Identitäts- und Zugriffsmanagement. Eingeführt wurde der neue Arbeitsplatz bis jetzt in der Staatskanzlei, der Finanzdirektion und der Baudirektion. Derzeit wird die Volkswirtschaftsdirektion damit ausgerüstet. Bei der Einführung des digitalen Arbeitsplatzes gab es jedoch immer wieder Verzögerungen. Als Grund für die Verzögerungen wurden seitens des AFI hauptsächlich globale Lieferengpässe im Informatikbereich angeführt. Durch die verzögerte Lieferung sind dem Kanton gemäss AFI aber keine höheren Einkaufskosten entstanden.

Offenbar unterschätzte das AFI bei der Einführung des digitalen Arbeitsplatzes aber auch den Koordinationsaufwand mit den Direktionen. Die Arbeitsplatzsituation in der kantonalen Verwaltung war bisher geprägt von einer grossen Vielfalt, sowohl was Hardware wie auch Software anbelangt. Das ursprüngliche Ziel, den digitalen Arbeitsplatz in allen Direktionen bis Ende 2022 eingeführt zu haben, wurde klar verfehlt. Auch zeigten sich in der Direktion grössere technische Probleme, vor allem bei der Telefonie. Es wird deshalb voraussichtlich noch bis Ende 2024 dauern, bis der neue Arbeitsplatz bei allen Direktionen in Betrieb ist.

Wie geplant in Betrieb genommen werden konnten im vergangenen Jahr die beiden zentralen kantonalen Rechencenter. Bis Ende 2024 werden alle Fachapplikationen der Ämter und Direktionen dorthin migriert.

Ein weiteres zentrales Element der IKT-Strategie war der Aufbau eines griffigen IKT-Controllings für die ganze Verwaltung. Die Subkommission hat gegenüber der Finanzdirektion wiederholt wirksame Controlling-Instrumente gefordert. Im AFI wurde dafür neu die Stelle eines IKT-Controllers geschaffen. Es gibt neu interne Controlling-Berichte, die der operativen Führung dienen und in die Prozesse zum KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) und zum Geschäftsbericht des Regierungsrates eingebunden werden. Das dazugehörige Controllingkonzept wurde von der Subkommission sehr positiv aufgenommen. Es entspricht dem neuesten Stand, was das Controlling in diesem Bereich betrifft.

Neben dem einheitlichen Controlling gibt die IKT-Strategie vor, dass die Leistungen aus der IKT-Grundversorgung transparent verrechnet werden und die Verrechnung kostenbasiert nach festgelegten Preisen zu erfolgen hat. Das neue Verrechnungssystem wird künftig verwaltungsweit einheitlich angewendet und soll die Kostentransparenz in der kantonalen IT erheblich verbessern. Bislang erfolgte die Verrechnung von Informatikleistungen innerhalb des Kantons sehr uneinheitlich, eine Gesamtübersicht fehlte gänzlich. Generell ist jedoch davon auszugehen, dass die neue IKT-Verrechnung erst dann ihre volle Wirkung entfalten kann, wenn der neue digitale Arbeitsplatz in allen Direktionen, also bis Ende 2024, eingeführt ist. Wie beim IKT-Controlling ist es bei der einheitlichen Verrechnung somit noch zu früh, die Wirkung des neuen Instruments zu bewerten. Wenn das Verrechnungssystem in der Verwaltung etabliert und breit angewendet wird, wird sich zeigen, wie gut die gesetzten Ziele in Bezug auf die Kostentransparenz erreicht werden.

Während die IKT-Strategie die Digitalisierung vor allem im technischen Bereich vorangetrieben hat, wurde mit der Strategie «Digitale Verwaltung» ein breiterer

Ansatz verfolgt. Es ging generell darum, die Digitalisierung der Verwaltung zu fördern und Digitalisierungsprojekte in den Ämtern und Direktion anzustossen und zu koordinieren. Die Strategie wurde in der Zwischenzeit von strategischen Initiativen abgelöst. Damit hat der Regierungsrat im Oktober letzten Jahres die bisherigen beiden Strategien eng aufeinander abgestimmt und zusammengeführt. Die strategischen Initiativen geben das Handlungsprogramm für die nächste Digitalisierungsphase vor und sollen die Grundlage für die weitere gezielte und koordinierte digitale Transformation in der Verwaltung bilden. Es geht dabei um verschiedene digitale Leistungen, die aufgebaut und ausgebaut werden, um die Schaffung der dafür notwendigen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen sowie um Fragen der Datenbewirtschaftung, der Infrastruktur, einschliesslich der Informationssicherheit.

Zur Umsetzung der strategischen Initiativen hat der Regierungsrat im Oktober 2022 umfangreiche finanzielle Mittel gesprochen. Ab dem laufenden Jahr 2023 werden gemäss Regierungsrat jährlich zusätzlich 20 Millionen Franken für die digitale Transformation bereitgestellt. Zudem bewilligte der Regierungsrat für die Umsetzung der strategischen Initiativen und direktonaler Vorhaben insgesamt 95,5 neue Stellen. Aus Sicht der Subkommission sind die mit dieser nächsten Digitalisierungsphase angestrebten Resultate und Wirkungen seitens des Regierungsrates nach wie vor sehr vage formuliert. Aus Sicht der Subkommission wäre es zwingend nötig, dass der Regierungsrat klarer definiert, was mit den betreffenden Projekten und dem entsprechenden Mitteleinsatz erreicht werden soll und nach welchen Kriterien das Erreichte letztlich bewertet werden kann. Auf diese Fragen sollte der Kantonsrat in der nächsten Legislaturperiode aus Sicht der Subkommission ein besonderes Augenmerk legen.

Bilanz aus Sicht der Oberaufsicht: Insgesamt zeigt sich, dass die technologiegetriebenen Projekte unter gewissen zeitlichen Verzögerungen weitgehend wie geplant vorangetrieben werden konnten. Projekte, die auf der Schaffung neuer Verwaltungsprozesse und -strukturen und damit auch auf kulturelle Veränderungen abzielten, gestalten sich eher schwieriger. Es ist deshalb entscheidend, dass der Regierungsrat seine Steuerungs- und Leitungsrolle aktiv und noch verstärkter wahrnimmt. Die begleitende Oberaufsicht über diese Prozesse hat sich aus Sicht der Subkommission sehr bewährt. Die Subkommission konnte dadurch ihre Empfehlungen und Forderungen in den laufenden Umsetzungsprozess einbringen. Die Digitalisierung ist eine Querschnittsaufgabe, welche die gesamte kantonale Verwaltung betrifft. Zudem sind praktisch sämtliche Fragen der Strategieentwicklung eng mit finanzpolitischen Aspekten verknüpft. Eine kommissionsübergreifende begleitende Oberaufsicht ist aus Sicht der Subkommission deshalb auch in der nächsten Legislaturperiode weiter zu verfolgen. Generell möchte ich betonen, dass häufig behauptet wird, der Kanton beziehungsweise die Verwaltung vernachlässige den Bereich der Digitalisierung. Jedoch stimmt dies nicht. Seitdem ich Einblick in die Aktivitäten im Bereich der Digitalisierung habe, konnte ich feststellen, dass eine Vielzahl von Projekten bereits in Umsetzung ist. Es ist beinahe schwierig, den Überblick zu behalten, da so viele Vorhaben parallel laufen. Der vorliegende Bericht gibt auch nur einen kleinen Teil dieser Bemühungen wieder.

Achten wir darauf, dass wir nicht permanent nach mehr Digitalisierung rufen, sondern uns auf ein Mass beschränken, das für den Kanton und die Finanzen tragbar bleibt.

Den vorliegenden Bericht über die Arbeiten der Subkommission in der ablaufenden Legislaturperiode haben GPK und FIKO beide einstimmig verabschiedet. Sie beantragen Ihnen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Schluss möchte ich mich herzlich bei der Finanzdirektion bedanken, besonders beim AFI und der Staatskanzlei, für die konstruktive Zusammenarbeit während der vergangenen Legislaturperiode.

Christian Schucan (FDP, Uetikon am See): Diese Subkommission hat sich sehr bewährt. Die Zusammensetzung einerseits aus Vertretern der GPK und der FIKO und andererseits auch mit einem guten IT-Background hat sehr gute Diskussionen in dieser Kommission zur Folge gehabt. Wir konnten eine sehr gute Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Verwaltungsstellen pflegen und haben auch gesehen, dass kritische Fragestellungen und Inputs in der Umsetzung konkret berücksichtigt wurden. Diese Umsetzung der IKT-Strategie mit der Zentralisierung im Amt für Informatik und der Einführung eines IT-Standard-Arbeitsplatzes hat sich als Herausforderung gezeigt. Das sieht man an den Verzögerungen, die sich ergeben haben. Da hat man zum einen mit Lieferverzögerungen zu kämpfen, andererseits erkennt man dann im Laufe der Umsetzung eben auch, was für eine Komplexität diese Integration nach sich zieht. Arbeitsplätze, die früher unkoordiniert in den Direktionen bereitgestellt wurden, in einen einheitlichen digitalen Arbeitsplatz zu überführen, ist keine einfache Aufgabe. Ich denke da schon nur an das Thema «Berechtigungssystem», das wir auch sonst immer wieder im Rahmen von Finanzkontrollberichten antreffen. Das IKT-Controlling mit dem Verrechnungssystem ist nun nach etlichen Diskussionen auch hier im Rat, beispielsweise in Budgetberatungen, im Einsatz. Dass sich dieses IKT-Controlling bewähren wird, davon bin ich überzeugt. Aber es lohnt sich, diesen Prozess jetzt in der Umsetzung dann entsprechend auch noch zu begleiten.

Auf der strategischen Ebene der Digitalisierung war zuerst ein Impulsprogramm im Einsatz mit, parallel dazu, einzelnen relativ unkoordinierten Aktivitäten in den Direktionen. Dies ist nun durch strategische Initiativen, Zielbilder und Leitsätze abgelöst worden, die eine koordinierte Digitalisierung für die ganze kantonale Verwaltung anstreben. Nicht zuletzt in Anbetracht der damit grundlegenden Veränderung und des grossen Mitteleinsatzes muss dieser Prozess auch zukünftig weiter begleitet werden. Dabei sind nicht nur der Mitteleinsatz und die effiziente Nutzung dieser Mittel, sondern eben auch den Nutzen und der Effizienzgewinn in den Prozessen im Auge zu behalten. Daher empfiehlt es sich, die Themen IKT und Digitalisierung auch in der kommenden Legislatur mit einer Subkommission weiter zu begleiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Das war vermutlich mein letztes Statement hier im Rat (*der Votant ist bei den Gesamterneuerungswahlen nicht mehr angetreten.*) Danke.

Davide Loss (SP): Ja, die Digitalisierung ist ein wichtiges Thema, allzu oft wird sie diskutiert. Und sie bietet Chancen und Risiken zugleich. Zu Recht wird deshalb dem Thema der Digitalisierung und auch der Informatik eine grosse Bedeutung und ein grosser Stellenwert beigemessen. Die GPK hat in der vergangenen Legislatur moniert, dass es in der kantonalen Verwaltung eine mangelhafte directionsübergreifende Koordination der Informatik gäbe. Und daraufhin hat der Regierungsrat eine eigene Evaluation in Auftrag gegeben, offenbar hat er da noch nicht ganz geglaubt, dass die Oberaufsicht auf dem richtigen Weg war. Aber siehe da, die Evaluation hat ergeben, dass die GPK mit ihren Schlussfolgerungen recht hatte. Deshalb hat die GPK zusammen mit der FIKO die Informatik und Digitalisierung im Rahmen der begleitenden Oberaufsicht weiter eng begleitet. Das kommt ja nicht allzu oft vor, aber es ist hier gerechtfertigt, dass wir das begleitend machen, um auch das nötige Vertrauen zu schaffen.

Der vorliegende Bericht gibt einen sehr guten Überblick über die Informatik und die Digitalisierung im Kanton Zürich. Der Bericht gibt auch wirklich gut wieder, wie diese Oberaufsicht vonstattengegangen ist, wie vorgegangen wurde. Und es ist auch ein gutes Mittel für den Know-how-Transfer in die neue Legislatur.

Nun, mit der IKT-Strategie wurde ein einheitlicher Rahmen für Planung, Steuerung und Einsatz der Informationstechnologie geschaffen. Das ist ein zentraler Punkt. Man ist ein bisschen davon weggekommen – das kritisiert ja die GPK immer gerne –, dass man ein bisschen ein Gärtli-Denken hat. Und ich muss attestieren: Der Regierungsrat hat hier einen richtigen Ansatz getroffen. Zu Beginn der Umsetzung war es durchaus gerechtfertigt, den Direktionen im Rahmen eines dezentralen Ansatzes einen wichtigen Stellenwert beizumessen. Aber es ist zentral, dass es eine einheitliche Steuerung gibt, und deshalb wurde hier beim Amt für Informatik die richtige Stelle geschaffen, um hier die Federführung zu haben. Daneben wird die Digitalisierungsstrategie, bei welcher die Verwaltung in die digitale Zukunft geführt werden soll, bei der Staatskanzlei angesiedelt. Auch das erscheint uns sachgerecht. Und wie es der Referent der FIKO bereits gesagt hat: Es gibt unglaublich viele Projekte, die laufen, und es ist wichtig, dass diese auch koordiniert werden.

Nun, beim digitalen Arbeitsplatz gab es offenbar Probleme und Verzögerungen, aber dieser soll nun per Ende des Jahres 2024 endlich eingeführt werden. Die GPK wird dies aufmerksam weiterverfolgen. Wichtig erscheint uns auch, dass bei der IKT-Strategie eine transparente und einheitliche Abrechnung von Informatikdienstleistungen erfolgt.

Für die SP-Fraktion ist wichtig zu betonen: Die Digitalisierung bietet Chancen und Risiken zugleich. Für uns ist zentral, dass die Grundrechte der betroffenen Personen beachtet werden. Weiter gilt es zu beachten, dass die Digitalisierung eine Querschnittsaufgabe ist, bei welcher die gesamte kantonale Verwaltung betroffen ist. Und deshalb ist auch wichtig, dass die Zuständigkeiten eben über die einzelnen Direktionen und die Staatskanzlei hinausgehen müssen. Dieser Ansatz ist unbedingt weiterzuverfolgen. Auch die GPK wird an diesem Thema dranbleiben. Es ist nun aber zentral, dass alle Direktionen mitmachen, das möchte ich betonen. Es kann nicht sein, dass gewisse Direktionen auf die Bremse stehen. Und

deshalb ist es zentral, dass hier bei diesem einheitlichen Ansatz weitergearbeitet wird.

Das Fazit aus Sicht der SP-Fraktion: Der Regierungsrat und die kantonale Verwaltung sind mit beiden Strategien auf Kurs. Wie gesagt, es gibt noch ein bisschen Optimierungsbedarf, aber wir sind überzeugt, dass der Regierungsrat hier ein Augenmerk darauflegen wird. Und wie bereits gesagt, die GPK wird dranbleiben. Besten Dank.

Gregor Kreuzer (GLP, Zürich): Das Thema ist die Umsetzung der kantonalen Strategie zur Digitalisierung. Der Bericht hat zwei Kernbotschaften, erstens: Der Kanton nimmt die Digitalisierung ernst und will von den Technologien profitieren. Und zweitens: Der Kanton hat Mühe damit.

Der Bericht existiert in erster Linie deswegen, weil die Digitalisierung die ersten zehn Jahre nach 2008, der ersten Strategie, kaum vorankam, ganz nach Angela Merkel (*deutsche Altbundeskanzlerin*), welche 2013 gesagt hat: «Das Internet ist Neuland.» Entsprechend haben die FIKO und die GPK beschlossen, die Umsetzung der neuen Strategie von 2018 zu begleiten, damit sich etwas bewegt. Und man kann heute, ohne rot zu werden, tatsächlich sagen, dass sich etwas bewegt hat. Die Zusammenführung der beiden Strategien in eine Vision ist ein klares Zeichen davon. Erste Schritte zur Umsetzung sind auszumachen. Das Gros der Verwaltung will die Digitalisierung vorantreiben. Natürlich verteidigen die Direktionen ihr Digitalisierungs-Gärtchen-Denken, aber es gibt Annäherung und erfolgreiche Projekte. Natürlich bewegt sich der Koloss sehr langsam, aber er bewegt sich. Mit dem vorliegenden Bericht schliesst die Subkommission ihre Arbeit mit dem Wunsch ab, dass die Arbeit in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt wird.

Zwei Themen müssen aus unserer Sicht auf der Agenda bleiben: erstens, die Geschwindigkeit der Umsetzung. Die technologische Entwicklung ausserhalb der Verwaltung wartet nicht auf die Verwaltung, und idealerweise ist die angestrebte Digitalisierung nicht veraltet, bevor sie umgesetzt wird. Neue Technologien müssen stets mitberücksichtigt werden. Das verlangt agiles Management und schnelle Anpassungsfähigkeit. Das sind beides nicht natürliche Fähigkeiten der Verwaltung und müssen entsprechend gepusht und gepflegt werden. Zweitens: Digitalisierung hat keinen Selbstzweck. Effektivitätsgewinn und Leistungsausbau bei gleichen Kosten sind das Ziel. Das Investment muss sich für den Kanton und seine Bevölkerung lohnen. Dies muss stets geprüft werden. Oder wie es George Westerman vom MIT (*Massachusetts Institute of Technology*) so schön formuliert hat: Eine richtige digitale Transformation verwandelt eine Raupe in einen Schmetterling. Bei einer schlecht gemachten digitalen Transformation haben Sie nur eine richtig schnelle Raupe. In diesem Sinne nehmen wir den Bericht zur Kenntnis und fordern vom Regierungsrat einen wunderschönen Schmetterling.

Regierungspräsident Ernst Stocker: Auch der Regierungsrat möchte sich für diesen Bericht bedanken. Er ist auch der Meinung, dass er umfassend ist. Und wir in der Regierung teilen die Analyse des Berichts. Ich will auch nicht länger werden.

Wir begrüßen und ich insbesondere begrüße auch die weitere Begleitung durch die Subkommission. Ich glaube, es war eine gute Diskussion, die wir in dieser Subkommission führen konnten. Ich möchte – und erlaube es mir hier auch zu sagen – sogar noch ein Schrittchen weitergehen: Ich frage mich, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, dass man noch die STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) in diese Subkommission aufnehmen könnte. Denn die Diskussionen in der GPK und in der FIKO sind jetzt koordiniert. Ich denke, das haben jetzt alle hier gesagt, dass das sinnvoll ist. Aber in der STGK führen wir diese Diskussion auch noch und hier gibt es noch Doppelspurigkeiten. Und wenn man von Effizienz redet, nicht nur in der Digitalisierung, sondern auch in der Beratung und der Diskussion über solche Fragen, dann wäre das, glaube ich, ein Ansatz, den das Parlament prüfen sollte.

Und die zweite Bemerkung, die ich noch machen möchte, ist: Sie haben jetzt immer nur von den Direktionen und der Staatskanzlei gesprochen. Bei der Digitalisierung geht es um alle Staatsebenen, wenn wir die Menschen in diesem Land, in diesem Kanton wirklich abholen wollen. Deshalb müssen wir die Digitalisierung nicht mehr nur unter den Direktionen zusammenführen, sondern auch mit den Städten und Gemeinden und gleichzeitig mit dem Bund. Und das ist neben den Direktionen nochmals eine Herkulesaufgabe. Aber besten Dank für diesen Bericht. Ich habe geschlossen.

Erika Zahler (SVP, Boppelsen): Ich freue mich über diese Aussage von Ernst Stocker. Betreffend STGK, da sind tatsächliche Doppelspurigkeiten vorhanden. Wir haben bereits mehrmals darauf hingewiesen und auch Anträge gestellt, damit wir eingebunden werden. Das wird vermutlich mein letztes Mal sein, dass ich hier vor dem Parlament sprechen werde (*die Votantin scheidet mit Ende der Legislatur aus dem Rat aus*), aber trotzdem möchte ich euch ans Herz legen, dass ihr diesen Vorschlag aufnehmt. Denn es ist tatsächlich wichtig, dass man die Erkenntnisse konsolidiert und somit auch ein besseres Resultat erzeugen kann. Also besten Dank, Ernst, für diesen Hinweis, und ich hoffe, dass das Parlament dem folgen wird.

Tobias Langenegger (SP, Zürich), Präsident der Finanzkommission (FIKO): Ich mache es ganz kurz: Ich war vorher schon beim Generalsekretär des Parlaments (*Moritz von Wyss*) und habe ihn ein bisschen angekickt. Denn diese Diskussion, die Erika Zahler hier anreißt, hatten wir andauernd, insbesondere auch während Corona (*Covid-19-Pandemie*), als wir von den Aufsichtskommissionen sehr nahe dran waren und es wichtig fanden, dass die Sachkommissionen auch sehr nahe dran sind. Ich möchte einfach darauf hinweisen: Es gibt gute Gründe, weshalb wir Aufsichts- und Sachkommission haben, und es gibt sehr gute Gründe, weshalb es eine relativ dicke Mauer zwischen ihnen gibt. Natürlich kann man sich kreative Methoden überlegen, wie man eine betroffene Sachkommission besser einbezieht. Ich wäre aber sehr vorsichtig, dass man jetzt beginnt, diese Grenzen aufzuweichen, weil die Zusammenarbeit mit der Regierung nicht einfacher wird, wenn auf einmal Sachkommissionen Aufsichtsfunktionen bekommen. Und um dieses

«Gnuusch» früh zu verhindern, möchte ich dem Rat beliebt machen, bei der bewährten Methode zu bleiben, das hat sehr gut funktioniert. Werden Sie kreativ in den Kommissionen, wie Sie Sachkommissionen informieren können, näher dringbringen können, näher zu sich nehmen können. Aber passen Sie auf oder machen wir den Fehler nicht, dass wir die Aufgaben vermischen. Vielen Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Besten Dank. Damit ist der Bericht zur Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist erledigt.